

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4251

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4251



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen am 21.01.2023

3 Säulen für Wohlstand und Unternehmertum in der Schweiz

Forderungen der FDP in der Wirtschaftspolitik

Das Erfolgsmodell Schweiz hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich über einen sehr hohen Wohlstand verfügt. Doch dieses Erfolgsmodell ist unter Druck: Krisen und Machtverschiebungen stellen die Schweiz vor zahlreiche Herausforderungen. Der Druck kommt aber nicht nur von aussen, auch innenpolitisch sieht sich die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz immer neuen Angriffen ausgesetzt. Der Handlungsbedarf ist akut: Der Wirtschaftsstandort braucht mehr gut ausgebildete Fachkräfte und weniger lähmende, komplizierte Administrativprozesse. Eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz benötigt ausserdem stabile Handelsbeziehungen mit globalen Märkten und insbesondere den wichtigsten Handelspartnern in Europa. Das Ziel ist, dass die Schweiz ihre internationale Konkurrenzfähigkeit noch verstärkt. Damit der Schweizer Wohlstand auch morgen Bestand hat, müssen liberale Prinzipien wegleitend sein: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel dafür weniger Protektionismus.

Die Schweiz ist eine kleine, offene Volkswirtschaft und gehört zu den Ländern mit dem höchsten Wohlstand der Welt. In Punkto Lebensqualität, Bildung, Innovation, oder Beschäftigung gehört das Land zur Spitzengruppe.¹ Diese Vorteile haben zur Krisenresistenz der Schweiz beigetragen. So erholte sich die hiesige Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern nach der Corona-Pandemie schneller und auch die derzeitigen Preisschocks konnte die Schweiz bisher besser als ihre Nachbarn im Euro-Raum abfedern.

Innenpolitische Hürden

Doch das Erfolgsmodell Schweiz steht innenpolitisch unter Druck. Von verschiedenen Seiten werden immer neue Hürden aufgebaut und Wettbewerbsvorteile zunichte gemacht. Die Schweiz befindet sich in einem veritablen Reformstau. So bleiben beim Steuersystem wichtige Anpassungen auf der langen Bank oder ähneln, wie der Versuch das Arbeitsrecht zu modernisieren, einer Sisyphusarbeit. Laufende wirtschafts- und standortschädliche Referenden und Initiativen, zunehmender Widerstand gegen nachhaltige Finanzreformen, sowie eine regelrechte Regulierungswut erschweren diese Aufgabe und gefährden den Wohlstand. Die Herausforderungen sind zahlreich und nachhaltige und gezielte Reformen sind dringend notwendig, um mit den vielen Veränderungen der Gesellschaft und Wirtschaft Schritt zu halten.

Internationale Entwicklungen zwingen zu Anpassungen

Die Schweiz ist keine Insel. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, höhere Energie- und Nahrungsmittelpreise, Corona-Pandemie, Klimawandel oder internationale Lieferkettenprobleme sind auch hierzulande zu spüren. Diese multiplen Krisen haben die strukturellen Probleme im Land noch weiter akzentuiert.

Davon sind auch wichtige Handelspartner der Schweiz betroffen. Eine sich abzeichnende Rezession in Europa, würde auch die Schweiz hart treffen. Zu diesen zahlreichen Unsicherheiten gesellt sich eine zunehmende Abschottungspolitik wichtiger Handelspartner. China und die USA zum Beispiel operieren vermehrt mit Zöllen, um ihren Heimmarkt zu schützen. So bleibt die internationale Instabilität hoch und die Tendenz zur Blockbildung nimmt zu.

Die stockende Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union (EU) belastet die Schweiz

¹ OECD Better Life Index: [Schweiz](#); IMD World Competitiveness [Ranking](#); WEF Global Competitiveness [Report](#)

ebenfalls; insbesondere mit Blick auf internationale Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsnetzwerke. Investitionsentscheide werden zunehmend von dieser Unsicherheit geprägt, was dem Wirtschaftsstandort abträglich ist. Die Steuervorschriften der OECD (aktuell mit den Vorschriften zur Mindestbesteuerung) greifen einen wichtigen Standortvorteil der Schweiz an. Der Wegfall dieser Steuervorteile muss kompensiert werden und es müssen Massnahmen ergriffen werden, um die Standortattraktivität auch für die Zukunft zu sichern.

Liberale Rezepte nötig

Der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf ist akut. Wir sind drauf und dran unseren Wohlstand zu verspielen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, braucht es qualifizierte Arbeitskräfte und einen flexiblen Arbeitsmarkt, einen gesunden Staatshaushalt, Innovationsfähigkeit, internationale Offenheit, weniger Bürokratie, Rechtssicherheit und einen starken, aber schlanken Staat. Die FDP hat das Rezept zur Sicherung des Wohlstands für Menschen und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Dieses steht auf drei Säulen.

1 Wirtschaftliche Dynamik und qualifizierte Arbeitskräfte sicherstellen

Der Fachkräftemangel in der Schweiz wird sich aufgrund der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, des anhaltenden Trends zur Akademisierung und langfristig infolge des demografischen Wandels weiter zuspitzen. Eine Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts sind notwendig. Die Anreize müssen so ausgestaltet sein, dass das Potenzial der Erwerbspersonen maximal ausgeschöpft werden kann: Hierzu zählen Massnahmen, die versuchen, Menschen länger im Arbeitsmarkt zu halten, Teilzeitpensen aufzustocken sowie in- und ausländisches Fachkräftepotenzial auszuschöpfen. Daneben muss das duale Berufsbildungssystem, das ein entscheidender Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz ist und für gut ausgebildete Fachkräfte sorgt, gestärkt werden.

1.1 Weniger Bürokratie – mehr Digitalisierung

Um die knappen Fachkräfte sinnvoll einzusetzen, sind effiziente Prozesse notwendig. Unnötige regulatorische Anforderungen gilt es zu vermeiden und negative Anreize zu beseitigen. Die Gesetzes- und Verordnungsflut schränkt unsere Freiheiten ein, die Schweiz ächzt unter Bürokratie, die Geld, Zeit und Nerven kostet.

Zur Vereinfachung des administrativen Aufwands sollen die Behörden-Prozesse digitalisiert², die E-Government-Dienstleistungen ausgebaut und die E-ID rasch eingeführt werden. Mögliche Investoren und interessierte Firmen müssen zudem über einen one-stop-shop eine zentrale Anlaufstelle haben, um Abklärungen treffen zu können. Im Falle einer effizienteren Abwicklung sollte die Höhe der jeweiligen Gebühren entsprechend gesenkt werden. Auch bei der Infrastrukturqualität gibt es Verbesserungsbedarf (Telefonnetz, Stromnetz, Wasserversorgung, Mobilität usw.). Die derzeitigen Blockaden wie beispielsweise bei der 5G-Technologie bergen das Risiko eines Rückstandes für unser Land, was unweigerlich zu einem Nachteil gegenüber anderen Staaten führen wird.³ Die FDP setzt sich konsequent für wissenschafts- und risikobasierte Entscheide ein, das heisst: Risiken managen statt Technologien verbieten. In diesem Sinne ist der Einsatz moderner Technologien zu erleichtern (z.B. neue gentechnische Verfahren).

Um unsere Unternehmen vor unnötigen Regulierungskosten zu schützen, gibt es eine wirksame FDP-Lösung: die Regulierungsbremse. Analog der Schuldenbremse sollen damit Regulierungen, die Unternehmen besonders stark belasten würden, im Parlament einem qualifizierten Mehr unterstellt werden. Eine unabhängige Prüfstelle für Regulierungsfolgeabschätzungen soll weiter Abhilfe schaffen und ein Ablaufdatum für Gesetze, wo möglich und sinnvoll, eingeführt werden.

Die Mehrwertsteuer stellt aufgrund ihrer Komplexität und den zahlreichen Ausnahmeregelungen eine grosse administrative und finanzielle Belastung für Unternehmen dar. Zur Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems muss endlich ein Einheitssatz eingeführt werden. Weiter könnte in Bezug auf die Mehrwertsteuer eine Entschlackung im Geschäfts-Verkehr geprüft werden, z.B. in Form eines Wegfalls der tatsächlichen Abrechnung bis zur Endleistung.⁴ Im Bereich der direkten Besteuerung von natürlichen Personen wird am Ziel einer Easy Swiss

² Mo. Dobler [22.3122](#) Nutzenorientierte Digitalisierungsoffensive der Schweizer Verwaltung

³ Mo. RL [20.3237](#) Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen

⁴ Ip. Caroni [21.4353](#) MWST-Bürokratie. Befreiungsschlag für Unternehmen (B2B)

Tax festgehalten. Die FDP fordert weiterhin eine massvolle und einfache Einkommenssteuer sowie auch tiefe und einfache Steuern für Unternehmen. Denn jeder zusätzliche Steuerpunkt führt zu einem Verlust an persönlicher Freiheit, Kaufkraft und Wettbewerbsfähigkeit. Die kalte Progression soll zudem in all ihren Facetten ausgeglichen werden. Durch die Anpassung der Tarife und Abzüge bei der direkten Bundessteuer profitiert die breite Bevölkerung von Entlastungen. Die bestehende Regelung soll auf ihre Zweckmässigkeit überprüft werden. Das Problem der realen Progression gehört ebenfalls beseitigt, denn infolge realen Wirtschaftswachstums geraten Steuerpflichtige laufend in höhere Progressionsstufen.

Auf dem Markt tritt der Staat vermehrt als Konkurrent der Privatwirtschaft auf und verzerrt so den Wettbewerb. Wenn immer möglich, sollen die Leistungen durch Private angeboten werden. Unternehmen in öffentlicher Hand dürfen hier nicht tätig werden.⁵ Ein besonderes Augenmerk ist auf die Rechtssicherheit zu legen. Ein stabiler rechtlicher Rahmen und damit einhergehende Planungssicherheit sind für den Unternehmensstandort wie auch für die Ansiedlung von neuen Firmen zentral.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen weiter verbessert werden, um Unternehmer zu ermutigen und nicht zu bremsen, so dass sie ihr Potenzial zugunsten der Wirtschaft und Gesellschaft nutzen können. Namentlich sollen Firmengründungen zu 100% digital möglich sein, inkl. der Handelsregistergänge und notariellen Beglaubigungen von Unterschriften und Willensäusserungen.⁶ Es soll zudem eine vorteilhaftere steuerliche Behandlung von Wagniskapital und Mitarbeiterbeteiligungen geben. Die Schaffung eines neuen Erwerbstatus im Sozialversicherungsrecht trägt ebenfalls zur Förderung der Selbständigkeit bzw. des Unternehmertums bei.⁷

Forderungen der FDP:

- › Digitalisierung zur Vereinfachung der administrativen Prozesse vorantreiben (insbesondere E-ID rasch einführen; E-Government-Dienstleistungen ausbauen)
- › Modernen Technologieeinsatz erleichtern, keine Technologieverbote auf Vorrat
- › Regulierungsbremse einführen und unabhängige Prüfstelle für Regulierungsfolgeabschätzungen schaffen
- › Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer einführen und Mehrwertsteuer im Geschäftsverkehr vereinfachen
- › Nebeneffekte der kalten und realen Progression beseitigen
- › Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen
- › Unternehmertum fördern (insbesondere Erleichterung von Unternehmensgründungen; Neuer Status für Selbständige in Plattform-Beschäftigung, Anpassung der Besteuerungsregeln bei Start-up-Unternehmen)

1.2 Inländisches Potenzial ausschöpfen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

In der Schweiz arbeiten viele Menschen gar nicht oder nur Teilzeit. Durch ihren freiwilligen Verzicht, fehlen den Unternehmen Arbeiter und Fachkräfte, die sie oft im Ausland rekrutieren müssen. Dieses schlummernde Potenzial gilt es auszuschöpfen. Dafür ist es nötig, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und zielgerichtete Anreize zu setzen.

Besonders die Steuerprogression durch das Zusammenrechnen der Einkünfte bei verheirateten Paaren ist eine Motivations- und Karrierebremse. Für den Zweitverdiener lohnt es sich häufig finanziell nicht mehr, einer Beschäftigung nachzugehen, so dass (immer noch überwiegend) Frauen ihr Arbeitspensum reduzieren oder die Stelle ganz aufgeben. Um das zu ändern, braucht es zwingend die Einführung der Individualbesteuerung. Die FDP Frauen haben mit der erfolgreichen Einreichung der Initiative für Individualbesteuerung hierfür den Weg geebnet.

Weiter müssen die ausserfamiliären Betreuungsstrukturen, wie beispielsweise Abbau von Bürokratie bei Krippenplätzen oder die Abzugsfähigkeit der effektiven Kosten für die externe Kinderbetreuung, verbessert und weitere Massnahmen zur Steigerung der Erwerbspensen geprüft werden. Ein zeitgemässes, flexibles Arbeitsrecht ohne unnötige Bürokratie und Überregulierung ist ebenfalls notwendig. Dies kommt Arbeitnehmenden und auch Arbeitgebenden zugute: zum einen profitieren Arbeitnehmende von einer flexibleren Gestaltung ihres Berufs- und

⁵ Mo. RL [19.4004](#) Klare Verantwortlichkeiten für bundesnahe Betriebe; Mo. Caroni [20.3531](#) Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen

⁶ Mo. Silberschmidt [21.3180](#) Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen

⁷ Mo. RL [22.3630](#) Neuer Status für Selbständige in Plattform-Beschäftigung. Soziale Absicherung sicherstellen

Familienlebens, zum anderen können Arbeitgeber ihre branchenspezifischen Bedürfnisse besser abdecken und administrativen Aufwand reduzieren. So sollen beispielsweise Branchen, die die Möglichkeit haben, in den kritischen Wintermonaten ihren Betrieb zu drosseln und so zum Energiesparen beizutragen, von flexibleren Arbeitszeiten Gebrauch machen können, damit sie im Verlauf des Jahres die Ausfälle kompensieren können.⁸

Das Potenzial der älteren Arbeitnehmenden soll ebenfalls anerkannt und ausgeschöpft werden: Sie haben relevante Arbeitserfahrung und Qualifikationen zu bieten. Falsche Anreize sollen abgebaut werden, welche älteren Arbeitswilligen den Zugang zum Arbeitsmarkt blockieren. Wichtig ist hierfür z.B., dass eine Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus auch rentenbildend ist.

Forderungen der FDP:

- › Individualbesteuerung einführen
- › Zeitgemässes, flexibles Arbeitsrecht ohne unnötige Bürokratie und Überregulierung (insbesondere Ausnahmen und Vereinfachungen bei der Arbeitszeiterfassung; Erleichterung der Abend- und Wochenendarbeit)
- › Ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen verbessern
- › Flexible Elternzeit ermöglichen
- › Rentenbildung des Erwerbseinkommens nach der Pensionierung ermöglichen

1.3 Mehr Flexibilität bei Drittstaaten

Die Rekrutierung von Arbeitskräften aus Drittstaaten muss erleichtert werden. Die heutigen Drittstaatenkontingente werden aufgrund der hohen Komplexität des aktuellen Systems nicht ausgeschöpft. Die Aufteilung der Kontingente nach Kantonen stellt eine Zusatzhürde dar. Eine einfache Rekrutierung, die sich nach dem Bedarf der Wirtschaft orientiert, ist unabdingbar.

Ausländische Studierende aus Drittstaaten beispielsweise, die in der Schweiz eine Ausbildung absolviert haben, können nach deren Ende aufgrund der bestehenden, restriktiven Auflagen oft nicht mehr lange genug in der Schweiz bleiben, um eine passende Stelle zu finden. Die Früchte der Investitionen der öffentlichen Hand in die Ausbildung dieser Studierenden werden so zu oft im Ausland geerntet. Um dem internationalen Wettbewerb standzuhalten, ist eine Anpassung der bestehenden, restriktiven Auflagen unumgänglich. Eine längere Aufenthaltsbewilligung nach Studienabschluss oder mehr Unterstützung bei der Stellensuche in der Schweiz könnte dabei helfen, hier ausgebildete Fachkräfte im Land zu halten. Zusätzlich sollen vermehrt internationale Programme an Universitäten angeboten werden (z.B. Gründung einer ETH business school), die ausländische Studierende in den Fachbereichen anziehen, in denen es in der Schweiz an Arbeitskräften mangelt.

Forderungen der FDP:

- › Zugang zu Drittstaatenkontingenten erleichtern
- › Aufenthaltsbewilligung nach Studienabschluss für ausländische Studierende verlängern
- › Mehr internationale Programme an Universitäten anbieten

2 Internationale Marktzugänge sichern und ausbauen

Als offene Volkswirtschaft und exportorientiertes Land ist die Schweiz auf verlässliche Beziehungen und einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu den Weltmärkten angewiesen. Deswegen müssen Zölle und weitere nichttarifäre Handelshemmnisse abgeschafft und neue Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Nur so kann die Schweiz im globalen Wettbewerb bestehen.

Massgeblich für den Erfolg der Schweiz ist auch ein offener Arbeits-, Forschungs- und Bildungsmarkt. Die Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz leidet jedoch insbesondere unter der Nicht-Assoziierung an

⁸ Mo. RL-Fraktion [22.3954](#) Energiesparmassnahmen konkret. Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Von der Wochen- zur Jahresarbeitszeit

Horizon-Europe und der Wirtschaftsstandort unter der angekündigten OECD-Mindeststeuer. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu gewährleisten, muss die Innovationsfähigkeit der Schweiz langfristig gesichert werden. Gute Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass nachhaltige und wiederkehrende Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsinvestitionen in der Schweiz erfolgen und dadurch Innovationen gefördert werden.⁹

2.1 Bilaterale Beziehungen mit der EU weiterentwickeln

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind von herausragender Bedeutung. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind unsere wichtigsten Handelspartner, und wir teilen eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Gute und verlässliche Beziehungen sind daher äusserst wichtig für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Der bilaterale Weg hat sich für beide Seiten als massgeschneiderte Option erwiesen. Für die FDP ist deshalb klar, dass der bilaterale Weg weiterzuentwickeln ist. Weder ein Beitritt zur EU, zum europäischen Wirtschaftsraum (EWR) noch der Rückbau der Beziehungen mittels eines Freihandelsvertrags sind gangbare Optionen. Für die Schweiz ist auch in Zukunft ein diskriminierungsfreier Zugang zum Binnenmarkt und eine geregelte Kooperation mit der EU essentiell.

Die Weiterentwicklung und langfristige Verfestigung des bilateralen Wegs sind zentral. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Delegierten der FDP Schweiz am 25. Juni 2022 ein Positionspapier verabschiedet.¹⁰ Darin schlagen wir ein neues Verhandlungspaket (Bilaterale III) vor. Die institutionellen Fragen sind mit einer themenspezifischen, sektoriellen Optik anzugehen. Das ist ein sachgerechter Ansatz, der je nach Themenbereich unterschiedliche Lösungen für den Interessenausgleich ermöglicht (Schutzklauseln oder Opting-Out-Möglichkeiten).

Forderungen der FDP:

- › Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt sowie Autonomie in vitalen Bereichen)
- › Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs
- › Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich im Bereich der Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom

2.2 Freihandelsabkommen diversifizieren

Grundsätzlich soll der Abbau von Zöllen und technischen Handelshemmnissen vorangetrieben und gleichzeitig neue Freihandelsabkommen mit wichtigen Absatzmärkten abgeschlossen werden, wobei in allen Bereichen auf einen «Swiss Finish» zu verzichten ist. Protektionismus verteuert die Produkte für Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten und belastet verarbeitende Schweizer Unternehmen.

Forderung der FDP:

- › Handelsbeziehungen ausbauen und diversifizieren (insbesondere zusätzliche Freihandelsabkommen abschliessen)

3 Ansprüche an den Staat reduzieren und Eigenverantwortung fördern

Krise, Krise und nochmals Krise: Das Wort geht Vielen immer leichter von den Lippen. Wer Krise ruft, der will Hilfe und Geld vom Staat. Mit dem Ausbau der Hilfen wird jedoch das freiheitliche Modell der Schweiz eingeschränkt. Hier muss Gegensteuer gegeben werden. Dem Trend zum Sozialausbau und zur Erhöhung der Staatsquote ist Einhalt zu gebieten, weil Privilegien einfacher gewährt, als entzogen werden können. Zudem ist bei der Vergabe

⁹ Mo. WBK-N [22.3375](#) Schweizer Programm für exzellente Forschung und Innovation (auf Antrag FDP)

¹⁰ FDP [Positionspapier](#): Für eine konstruktive Europapolitik: Bilaterale weiterentwickeln (2022)

von Staatsgeldern zwischen Bedürftigkeit und Anspruchshaltung zu unterscheiden. Der Sinn der Eigenverantwortung muss sowohl bei Personen als auch bei Unternehmen deutlich gestärkt und gefördert werden. Auf der Unternehmensseite muss Eigenverantwortung als Gegenstück der unternehmerischen Freiheit verstanden werden. Künftige Herausforderungen oder Krisen sollen in erster Linie von den betroffenen Unternehmen respektive Individuen antizipiert und absorbiert werden. Der Staat soll nur bei Marktversagen oder Notlagen eingreifen, und dies gemäss dem Grundsatz von gezielten, zeitlich beschränkten Massnahmen.

3.1 Gesunden Staatshaushalt sichern

In Krisensituationen ist es unabdingbar, dass ein finanzpolitischer Spielraum besteht, der die Handlungsfähigkeit des Bundes nicht einschränkt. Dafür braucht es auch in Zukunft eine strenge Einhaltung der Schuldenbremse. Zudem müssen die hohen coronabedingten Schulden rasch abgebaut werden.

Unabhängig von der Art der Krise ist ein Eingriff durch den Staat nur als ultima ratio vertretbar. Die FDP setzt auf Eigenverantwortung und nachhaltigere Reformen, anstatt auf kurzfristige Konjunkturpakete. Die Anreize müssen zudem so gestaltet sein, dass Unternehmen für sich selbst schauen können und wollen. Im Sinne der Selbsthilfe und Resilienz soll die Schaffung von Arbeitsbeschaffungsreserven für Krisenzeiten steuerlich begünstigt werden.¹¹ Weiter sollen die Eigenkapital- und Fremdfinanzierung gleichbehandelt werden, damit es weniger Anreize zur Verschuldung gibt.

Forderungen der FDP:

- › Finanzdisziplin wahren und Schuldenbremse einhalten
- › Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven steuerlich begünstigen
- › Eigenkapital- und Fremdfinanzierung gleichbehandeln

3.2. SNB vor populistischen Forderungen schützen

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) muss in der Schweiz für stabile Preise sorgen. Wie komplex diese Aufgabe ist, zeigt die drastische Rückkehr der Inflation. Damit die SNB ihr Mandat wahrnehmen kann, muss die Unabhängigkeit der Zentralbank unbedingt unangetastet bleiben. Hingegen gehört es nicht zur Kernaufgabe der Notenbank den Kantonen und dem Bund finanziell unter die Arme zu greifen. Auch andere Wünsche wie ein Staatsfonds, der den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft finanzieren soll, zusätzliche extreme Forderungen bezüglich grünen Investitionsvorschriften für die Anlagegelder der SNB oder Nationalbank-Geld für die Finanzierung der Altersvorsorge einzusetzen, sind brandgefährlich. Einerseits schadet ein Gerangel um Gewinne der geldpolitischen Glaubwürdigkeit und zusätzlich gefährden politische Zusatzaufgaben die Erfüllung des Hauptauftrags der Preisstabilität.

In diesem Sinne sind jegliche Vorstösse, welche die Unabhängigkeit der SNB angreifen, abzuwehren.¹² Dies gilt umso mehr in Anbetracht der Rekordverluste der Nationalbank und ihrer auf absehbare Zeit fundamental veränderte Bilanzsituation, wodurch eine Ausschüttung an Bund und die Kantone in der nächsten Zeit höchst unwahrscheinlich wird.

Forderungen der FDP:

- › Die Nationalbank muss unabhängig bleiben
- › Geldpolitik darf nicht mit Sozial- und Umweltpolitik verknüpft werden

¹¹ Mo. Feller [21.3036](#) Unternehmen ermutigen, Arbeitsbeschaffungsreserven zu bilden

¹² Ip. Walti [22.4181](#) SNB Wunschkonzerte umgehend abblasen

3.3 Liberal wirtschaften heisst nachhaltig wirtschaften

Dass wirtschaftliche Aktivität nachhaltig sein muss, ist unbestritten. Die FDP sieht Nachhaltigkeit als ein umfassendes Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Die wirtschaftliche Entwicklung muss im Einklang stehen mit Umwelt und Klima und sie muss den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Im Vordergrund hierfür stehen Grundsätze, wie die Lenkung über Anreize (anstelle von staatlichen Vorschriften und Verboten), der Einsatz neuer Technologien zur Effizienzsteigerung und zur Förderung einer Kreislaufwirtschaft sowie ein verlässlicher, demokratisch abgestützter Planungsrahmen. Darüber hinaus sind eine ganzheitliche Betrachtungsweise im Vorfeld von Entscheidungen, die internationale Verflechtung wie auch die Antizipation künftiger Entwicklungen, um den Handlungsspielraum zu erhalten, von grosser Bedeutung. Nur so können intakte Lebensgrundlagen, eine prosperierende Wirtschaft und ein gesunder Staatshaushalt für die nächste Generation gesichert werden.